

**DER REGIONALRAT
DES REGIERUNGSBEZIRKS DÜSSELDORF**

Sitzung Nr.:	StA	VA	PA	RR 41
Datum				23.09.2010
N I E D E R S C H R I F T				

Ort der Sitzung: Forum des Kreishauses Viersen
Beginn der Sitzung: 10.05 Uhr
Ende der Sitzung: 10.55 Uhr
Teilnehmer: siehe beigefügte Anwesenheitslisten

Tagesordnung:

1. Formalien

**2. Genehmigung der Niederschrift über die 40. Sitzung des Regionalrates
am 17.06.2010**

**3. Information über die aktuellen Entwicklungen im Regierungsbezirk
Düsseldorf**

4. Bestellung eines Regionalplaners
hier: Benehmensherstellung

**5. 46. Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP99)
im Gebiet der Städte Neuss und Grevenbroich (Hombroich Raumortlabor)**
hier: Anzeige der aufgestellten Regionalplan-Änderung gemäß § 19 Abs.6 LPIG NRW

**6. 68. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99)
im Gebiet der Stadt Dormagen Teil A – (GIB in ASB TOP West)**
hier: Aufstellungsbeschluss

**7. 69. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99)
im Gebiet des Kreises Kleve (Virtueller Gewerbeflächenpool)**
hier: Erarbeitungsbeschluss

**8. 70. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99)
im Gebiet der Stadt Düsseldorf (Glashüttengelände Gerresheim – GIB in ASB)**
hier: Aufstellungsbeschluss

**9. Entsendung von Mitgliedern des Regionalrates Düsseldorf in die Beratungs-
gremien der Regionalen Kulturpolitik**

10. Verschiedenes

TOP 1: Formalien

Der Vorsitzende, Herr Petrauschke (CDU), eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden, insbesondere Herrn Landrat Ottmann und Frau Regierungspräsidentin Lütkes. Er beglückwünscht Herrn Olbrich zu seiner Beförderung zum Abteilungsdirektor und zur Übernahme der Abteilung 3. Des weiteren gibt er bekannt, dass Frau Dr. Bartels vorerst das letzte Mal an einer Regionalratssitzung teilnehmen wird, da sie im nächsten Monat die Aufgaben der Polizeipräsidentin in Duisburg übernehmen wird.

Der Vorsitzende bittet die Anwesenden sich von Ihren Plätzen zu erheben, um des am 07. August 2010 verstorbenen Regionalratsmitgliedes Herrn Ralf-Hasso Sagner zu gedenken.

Herr Petrauschke dankt allen Beteiligten, die an der am 03. September 2010 stattgefundenen Auftaktveranstaltung zur Regionalplanung teilgenommen und mitgewirkt haben.

Nachdem sich der Vorsitzende des Regionalrates dafür bedankt hat, dass die Regionalratssitzung im Ratssaal in Viersen stattfinden kann, heißt auch Herr Landrat Ottmann alle Anwesenden im Forum des Kreishauses Viersen herzlich willkommen und wünscht erfolgreiche Beratungen.

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung fest, verliest die entschuldigten Mitglieder, die an der Sitzung nicht teilnehmen können und weist auf die Tischvorlagen hin.

Herr Krause (Bündnis 90/ Die Grünen) beantragt die Tagesordnung um den TOP 10 – Verschiedenes - zu ergänzen, um die Beratungen zu TOP 5b der Strukturausschusssitzung (Anfrage seiner Fraktion vom 20.07.2010 zur Darstellung der Konsequenzen der Kürzung der Städtebaufördermittel) aufzugreifen.

Die Tagesordnung wird um diesen TOP 10 – Verschiedenes – ergänzt.

TOP 2: Genehmigung der Niederschrift über die 40. Sitzung des Regionalrates am 17.06.2010

Der Regionalrat genehmigt die Niederschrift einstimmig.

TOP 3: Information über die aktuellen Entwicklungen im Regierungsbezirk Düsseldorf

Hierzu lag als Tischvorlage der Erlass der Staatskanzlei vom 8.9.2010 zur Einstellung des Verfahrens zur 1. Änderung des Landesentwicklungsplans (LEP-NRW) – Energieversorgung vor.

Frau Regierungspräsidentin Lütkes unterrichtet den Regionalrat über die aktuellen Entwicklungen im Regierungsbezirk Düsseldorf. Die Rede ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

TOP 4: Bestellung eines Regionalplaners
hier: Benehmensherstellung

Gegenstand der Beratung war die Sitzungsvorlage StA 38/4 bzw. RR 41/9 vom 09.08.2010.

Herr Abteilungsleiter Olbrich stellt seinen bisherigen Werdegang in der Landesverwaltung und die damit zusammenhängenden Tätigkeitsbereiche dar. Er macht deutlich, dass er die Arbeit in der Regionalplanung als eine der wichtigsten Aufgaben im Regierungsbezirk ansehe.

Der Regionalrat hat einstimmig folgenden Beschluss zur Sitzungsvorlage RR 41/4 vom 29.7.2010 gefasst:

Der Regionalrat nimmt die Vorlage zur Kenntnis und stellt das Benehmen her.

TOP 5: 46. Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP99) im Gebiet der Städte Neuss und Grevenbroich (Hombroich Raumortlabor)

hier: Anzeige der aufgestellten Regionalplan-Änderung gemäß § 19 Abs.6 LPlG NRW

Beratungsgegenstand war die Sitzungsvorlage RR 41/5 vom 16.08.2010

Herr Welter (CDU) informiert den Regionalrat über die Beratung im Planungsausschuss.

Zu diesem TOP erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Regionalrat hat einstimmig folgenden Beschluss zur Sitzungsvorlage RR 41/5 vom 16.08.2010 gefasst:

Der Regionalrat beauftragt die Regionalplanungsbehörde die in seiner Sitzung am 06.12.2007 aufgestellte 46. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP) im Gebiet der Städte Neuss und Grevenbroich (Hombroich Raumortlabor) gemäß § 19 Abs. 6 LPlG NRW bei der Landesplanungsbehörde anzuzeigen.

TOP 6: 68. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) im Gebiet der Stadt Dormagen Teil A – (GIB in ASB TOP West)

hier: Aufstellungsbeschluss

Gegenstand der Beratung war die Sitzungsvorlage RR 41/6 vom 16.08.2010

Herr Thiel (SPD) berichtet über die Beratung im Planungsausschuss.

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu diesem TOP.

Der Regionalrat hat in seiner Sitzung am 23.09.2010 einstimmig folgenden Beschluss zur Sitzungsvorlage RR 41/6 vom 16.08.2010 gefasst:

1. Der Regionalrat beschließt gemäß § 19 Abs. 4 Landesplanungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (LPIG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.05.2005 die Aufstellung der 68. Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) im Gebiet der Stadt Dormagen Teil A (GIB in ASB – TOP West) in der Fassung dieser Vorlage.
2. Der Regionalrat beauftragt die Regionalplanungsbehörde die aufgestellte Regionalplanänderung gemäß § 19 Abs. 6 LPIG NRW der Landesplanungsbehörde anzuzeigen.

TOP 7: 69. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) im Gebiet des Kreises Kleve (Virtueller Gewerbeflächenpool)
hier: Erarbeitungsbeschluss

Beratungsgegenstand war die Sitzungsvorlage RR 41/7 vom 25.08.2010

Herr Papen (CDU) berichtet über die Beratungen im Planungsausschuss und die Unterzeichnung des landesplanerischen Vertrages in Kalkar am 22.09.2010. Ergänzend weist er darauf hin, dass ihm eine Urkunde, unterzeichnet von Herrn Uhlenberg, zur Kenntnis gebracht wurde, worin das zuständige Ministerium lobte, dass hier nach ökologischen und sozialen Kriterien geplant werde.

Herr Krause (Bündnis 90 / Die Grünen) begrüßt im Namen seiner Fraktion, dass mit diesem Modellprojekt neue Wege beschritten, Flächenrestriktionen vorgenommen werden und ein interkommunaler Austausch stattfinden könne. Trotzdem habe seine Fraktion aus unterschiedlichen Gründen Skepsis, ob sich dieses Modell umsetzen ließe und in der Praxis bewähren könne. Seine Fraktion lege großen Wert darauf, dass die Evaluierung des Verfahrens kontinuierlich erfolge und Monitoringansätze präsentiert werden. Er hoffe, dass sich die Skepsis seiner Fraktion, die sich in Stimmenthaltungen ausdrücken werde, im Verfahren zu einer positiven Stellungnahme bewegen lasse.

Herr Laakmann (FDP) signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion zu diesem innovativen Modellvorhaben im Kreis Kleve, welches auch wegführend für andere Orte und Bereiche des Regierungsbezirks sein könne.

Frau Sartingen (SPD) spricht sich im Namen der Fraktion für die Möglichkeit der Realisierung dieser Idee aus.

Der Regionalrat hat einstimmig bei fünf Stimmenthaltungen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und einer Stimmenthaltung der Vertreterin der Partei Die Linke zur Sitzungsvorlage RR 41/7 vom 25.08.2010 folgenden Beschluss gefasst:

1. Der Regionalrat beschließt gemäß § 19 Abs. 1 Landesplanungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (LPIG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.05.2005 die Erarbeitung der 69. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) im Gebiet des Kreises Kleve (Virtueller Gewerbeflächenpool) in der Fassung dieser Vorlage.
2. Die in der Anlage 5 aufgeführten Beteiligten sind zur Mitwirkung an dem Verfahren aufzufordern (§ 13 (1) LPIG i. V. mit § 10 ROG). Ihnen ist Gelegenheit zu geben, innerhalb einer Frist von 2 Monaten Bedenken und Anregungen vorzubringen. Weitere Behörden und Stellen können beteiligt werden, wenn es sich im Laufe des Verfahrens als notwendig erweist.
3. Parallel hierzu wird der Öffentlichkeit Gelegenheit gegeben, zur beabsichtigten Regionalplanänderung Stellung zu nehmen (§ 13 (1) LPIG i. V. mit § 10 ROG). Hierzu wird die Regionalplanänderung bei allen Kreisen und kreisfreien Städten der Planungsregion Düsseldorf sowie bei der Bezirksregierung Düsseldorf für die Dauer von 2 Monaten öffentlich ausgelegt. Ort und Dauer der Auslegung werden mindestens zwei Wochen vorher im Amtsblatt der Bezirksregierung Düsseldorf bekannt gemacht.

TOP 8: 70. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) im Gebiet der Stadt Düsseldorf (Glashüttengelände Gerresheim – GIB in ASB)

hier: Aufstellungsbeschluss

Gegenstand der Beratung war die Sitzungsvorlage RR 41/8 vom 16.08.2010

Herr Schmickler (CDU) berichtet über die Beratung im Planungsausschuss.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Regionalrat hat einstimmig folgenden Beschluss zur Sitzungsvorlage RR 41/8 vom 16.08.2010 gefasst:

1. Der Regionalrat beschließt gemäß § 19 Abs. 4 Landesplanungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (LPIG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.05.2005 die Aufstellung der 70. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) im Gebiet der Stadt Düsseldorf (Glashüttengelände Gerresheim / GIB in ASB) in der Fassung dieser Vorlage.
2. Die nicht ausgeräumten Anregungen und Bedenken werden zurückgewiesen.
3. Der Regionalrat beauftragt die Regionalplanungsbehörde die aufgestellte Regionalplanänderung gemäß § 19 Abs. 6 LPIG NRW der Landesplanungsbehörde anzuzeigen.

TOP 9: Entsendung von Mitgliedern des Regionalrates Düsseldorf in die Beratungsgremien der Regionalen Kulturpolitik

Beratungsgegenstand war die Sitzungsvorlage RR 41/9 vom 09.08.2010

Frau Brücher (Bündnis 90/ Die Grünen) berichtet über die Beratung im Strukturausschuss.

Auf Vorschlag von Herrn Tietz, im Auftrag seiner Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, wurde der Beschlussvorschlag aus dem Strukturausschuss für die Kulturregion Rheinschiene dahingehend ergänzt, dass Herr Norbert Czerwinski als Stellvertreter für Herrn Manfred Krause benannt wurde.

Der Regionalrat hat in seiner Sitzung am 23.09.2010 einstimmig nachfolgenden Beschluss zur Sitzungsvorlage RR 41/9 vom 09.08.2010 gefasst:

Der Regionalrat Düsseldorf benennt für die Kulturregionen Niederrhein, Bergisches Land und Rheinschiene jeweils zwei Mitglieder, welche mit beratender Stimme an den Sitzungen der Beratungsgremien der Regionalen Kulturpolitik teilnehmen.

Dies sind für die Kulturregion Niederrhein

Herr Michael Hildemann – Stellvertreter: Herr Rainer Thiel **und Herr Lothar Schiffer**

– Stellvertreter: Herr Ulrich G. Müller,

für die Kulturregion Bergisches Land

Herr Karl-Heinz Humpert – Stellvertreter: Herr Günter Schmickler **und Herr Volker**

Münchow – Stellvertreter: Herr York Edelhoff

und für die Kulturregion Rheinschiene

Herr Dr. Alexander Fils – Stellvertreter: Herr Günter Schmickler **und Herr Manfred**

Krause – Stellvertreter: Herr Norbert Czerwinski

TOP 10: Verschiedenes

Herr Krause (Bündnis 90/ Die Grünen) bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage seiner Fraktion vom 20.07.2010 zu den Auswirkungen der Halbierung der Städtebaufördermittel des Bundes für den Regierungsbezirk Düsseldorf und stellt die Frage, inwieweit hierzu einheitlich Position bezogen werden sollte. Die Beantwortung der Anfrage lag dem Regionalrat als Tischvorlage vom 2.9.2010 vor.

An der Diskussion hierüber haben sich Frau Saringen (SPD), der Vorsitzende Herr Petruschke und Herr Olbrich (Verwaltung) beteiligt. Es besteht Einvernehmen, dass der Ältestenrat im Anschluss an die Regionalratssitzung über das weitere Vorgehen in Bezug auf eine Resolution beraten soll.

Herr Jessner (SPD) erinnert an seine Nachfrage aus dem Planungsausschuss zum Schicksal des landesweiten Abfallwirtschaftsplans. Herr Petrauschke sagt, dass die Beantwortung durch die Verwaltung bis spätestens zum Versand der Unterlagen für die nächste Planungsausschusssitzung vorgesehen sei.

(Anmerkung der Redaktion: Die Beantwortung durch die Verwaltung ist mit e-mail vom 08.10.2010 über die Geschäftsführer der Fraktionen erfolgt.)

Der Vorsitzende beendet die Sitzung um 10.55 Uhr.

Grevenbroich, 29.10.2010
Ort, Datum

gez. Petrauschke
(Vorsitzender des Regionalrates)

Wuppertal, 29.10.2010
Ort, Datum

gez. Reese
(Stellv. Vorsitzender des Regionalrates)

Düsseldorf, 28.10.2010
Ort, Datum

gez. Sablofski
(Schriftführerin)

Der Regionalrat des Regierungsbezirks Düsseldorf

- Anwesenheitsliste -

Regionalratssitzung am 23.09.2010

1. Stimmberechtigte Mitglieder und Fraktionsgeschäftsführer

CDU-Fraktion

Name	anwesend
Dr. Fils, Alexander	√
Humpert, Karl-Heinz	√
Läcker, Manfred	√
Meies, Fritz	√
Moritz, Arne	√
Müller, Michael	√
Papen, Hans-Hugo	√
Petrauschke, Hans-Jürgen	√
Post, Norbert	√
Schmickler, Günter	√
Schroeren, Michael	√
Selders, Hannes	√
Steinmetz, Jürgen	√
Tups, Rolf	√
Vielhaus, Ewald	√
Weigel, Andreas	√
Welter, Thomas	√

SPD-Fraktion

Name	anwesend
Bechstein, Klaus	√
Bedronka, Bernd	√
Edelhoff, York	√
Hengst, Jürgen	√
Hildemann, Michael	√
Jessner, Udo	√
Münchow, Volker	√
Reese, Klaus-Jürgen	√
Sartingen, Gunhild	√
Thiel, Rainer	√
Wurm, Günter	√

FDP

Name	anwesend
Hausmann, Wolf D.	√
Kirchhoff, Ralf	√
Laakmann, Otto	√
Müller, Ulrich G.	√
Schiffer, Hans-Lothar	√

Bündnis 90/Die Grünen

Name	anwesend
Arndt, Ingeborg	√
Brücher, Bettina	√
Czerwinski, Norbert	√
Krause, Manfred	√
Sickelmann, Ute	√
Tietz, Uwe	√

Die Linke

Name	anwesend
Herhaus, Susanne	√

FW NRW

Name	anwesend
Dr. Grumbach, Hans-Joachim	

2. Beratende Mitglieder

Name		anwesend
Paßmann, Bernd	Landschaftsverband Rheinland	
Bruckmann, Kaspar	Arbeitgebervertretung	
Dr. Siepmann, Udo	Arbeitgebervertretung	√
Zipfel, Josef	Arbeitgebervertretung	√
Arens, Guido	Arbeitnehmervertretung	
Genster, Grit	Arbeitnehmervertretung	
Reuter, Klaus	Arbeitnehmervertretung	√
Freer, Doris	Kommunale Gleichstellungsstellen	
Gerkens, Bert	Sportverbände	√
Klumparendt, Oliver	Naturschutzverbände	
Düsseldorf	OB/Vertr.	
Krefeld	OB/Vertr.	√
Mönchengladbach	OB/Vertr.	√
Remscheid	OB/Vertr.	
Solingen	OB/Vertr.	√
Wuppertal	OB/Vertr.	√
Kleve	Landrat/Vertr.	√
Mettmann	Landrat/Vertr.	√
Neuss	Landrat/Vertr.	√
Viersen	Landrat/Vertr.	√

Teilnehmer von der Bezirksregierung Düsseldorf:

Frau Regierungspräsidentin Lütkes	
Frau Abteilungsdirektorin Dr. Bartels	Abteilung 5
Herr Abteilungsdirektor Happe	Abteilung 2
Herr Abteilungsdirektor Olbrich	Abteilung 3
Herr Oberregierungsbaurat van Gemmeren	Dezernat 32
Frau Regierungsbaurätin Binde	Dezernat 32
Herr Regierungsbaurat Huben	Dezernat 32
Herr Regierungsdirektor Goetzens	Dezernat 32
Frau Regierungsamtfrau Eßer	Dezernat 32
Frau Regierungsoberinspektorin Sablofski	Dezernat 32

Rede
der Frau Regierungspräsidentin
Anne Lütkes
anlässlich der Regionalratssitzung
am 23.09.2010 in Viersen

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Petrauschke,
sehr geehrter Herr Landrat Ottmann,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, Sie hier im Forum des Viersener Kreishauses zur 41. Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirks Düsseldorf begrüßen zu können.

Wie Sie wissen, sind wir aufgrund der baulichen Maßnahmen zur Renovierung unseres Plenarsaales in Düsseldorf temporär darauf angewiesen, zur Durchführung größerer Veranstaltungen auf die Mithilfe uns wohl gesonnener Partner zurückgreifen zu können.

Insofern danke ich dem Hausherrn, Landrat Peter Ottmann, herzlich für das uns heute gewährte Obdach.

Nachdem ich den meisten von Ihnen bereits vor drei Wochen bei der Auftaktveranstaltung zur Überarbeitung des

Regionalplanes im Düsseldorfer Rathaus begegnen durfte, habe ich nun heute die Gelegenheit, Ihnen erstmals quasi in offizieller Mission über wichtige Geschehnisse in und um den Regierungsbezirk zu berichten.

Zunächst möchte ich Sie als Gremium – wie es bereits Herr Olbrich im Planungsausschuss in Wuppertal gemacht hat - darüber informieren, dass die Landesregierung die 1. Änderung des Landesentwicklungsplans, die die Energieversorgung betraf, eingestellt hat. Der entsprechende Erlass liegt Ihnen als Tischvorlage vor. Sie haben als Regionalrat in dem Verfahren verschiedene Änderungen am Entwurf gefordert. Unter anderem sprachen Sie sich dafür aus, die Zielsetzung des Ausbaus erneuerbarer Energien stärker zu betonen.

Mich freut es, dass sie ihre Stellungnahme damals einstimmig beschlossen haben. Das ist gerade bei einem politisch hochaktuellen Thema sehr bemerkenswert.

Ihre Arbeit des Regionalrates war trotz der Einstellung des Verfahrens auch nicht umsonst. Denn die Stellungnahme des Regionalrates soll nun – wie auch die anderen eingegangenen Anregungen – ausgewertet werden und dann bei der Erarbeitung eines neuen Raumordnungsplans für das Land NRW Berücksichtigung finden.

Ich persönlich hoffe, dass dieser neue Plan für unser Bundesland dabei die Tradition des Energielandes NRW

aufgreift und sie mit den Anforderungen des Klimawandels verbindet. Wir müssen – gerade auch in unserer Region – dafür sorgen, dass Arbeitsplätze und Umsätze im Bereich des Klimaschutzes hier bei uns entstehen. Schon jetzt befinden sich in unserem Regierungsbezirk zahlreiche Firmen und Einrichtungen auch aus dem Bereich erneuerbare Energien. Diese Position, diesen Wachstumspool gilt es miteinander weiter auszubauen.

In diesem Kontext freut es mich auch, dass Herr Dr. Moser von deENet uns in der vergangenen Woche im Planungsausschuss über die Chancen erneuerbarer Energien informiert hat. Diejenigen, die seinen Vortrag, seine Aufforderung zum gemeinsamen Handeln nicht sehen konnten, darf ich auf den aktuellen Zukunftsplaner-Newsletter verweisen. Darin gibt es einen Link zum Vortrag.

Um Energie geht es auch bei meiner zweiten Information, nämlich um die geplante Errichtung und den Betrieb eines Steinkohlekraftwerkes in Krefeld – Uerdingen.

Derzeit findet im Seidenweberhaus in Krefeld der Erörterungstermin im Rahmen des Genehmigungsverfahrens statt, dessen Gegenstand ein Vorbescheid gemäß § 9 BImSchG sowie eine erste Teilgenehmigung nach § 8

BlmSchG zur Baustellenfreimachung, Aufschüttung des Geländes und der Errichtung einer Umzäunung des Kraftwerksgeländes sind.

Im Verfahren wurden insgesamt 23.000 Einwendungen erhoben, die nunmehr im Rahmen dieses Termins mit dem Antragsteller und den Einwendern erörtert werden.

Am ersten Tag nahmen ca. 80 Einwender/Innen teil, am zweiten ca. 40. Die Erörterung fand bisher sehr sachorientiert statt.

Schwerpunkte der Erörterung sind neben der Bauleitplanung und dem Denkmalschutz, die Themen Anlagentechnik und Anlagensicherheit, Immissionsschutz und Luftverunreinigung, der Natur- und Artenschutz, das Schutzgut Wasser sowie der Klimaschutz.

Die Umweltverbände und Einwender sind nicht generell gegen ein neues Kraftwerk, fordern aber ein Gas- und Dampfturbinenkraftwerk. Gründe sind die wesentlich bessere CO₂-Bilanz und die geringere Feinstaubbelastung. Zur Frage der Energieeffizienz, des Bedarfs und dem Stand der Technik konnte kein Konsens gefunden werden. Allerdings hat die Antragstellerin z. B. zur Frage der Staubabscheidung signalisiert, dass sie auch über die Realisierung eines Gewebefilters nachdenkt. Bisher wird ein Elektrofilter beantragt. Die Abscheidewerte für die Gewebefilter sind etwa halb so groß wie für das Elektrofilter.

Aufgrund komplexer Fragestellungen und aktueller Gerichtsentscheidungen zum Beispiel zum Kraftwerk Datteln sowie dem Inkrafttreten umfangreicher und sehr grundsätzlicher europarechtlicher Änderungen zum Beispiel zur WRRL besteht ein erheblicher Prüfaufwand auch nach Abschluss des EÖT unter Auswertung der auch dort ausführlich erörterten Punkte und gestellten Anträge. Das Ergebnis der Prüfung bleibt abzuwarten. Erfahrungsgemäß werden 8 bis 12 Monate hierfür benötigt.

Die dritte Information bezieht sich auf die sog. CO-Pipeline der Firma Bayer Material Science AG (BMS) von Köln-Worringen nach Krefeld-Uerdingen, gegen deren Genehmigungsentscheidungen zurzeit insgesamt 15 Klageverfahren vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf anhängig sind.

Nach Auskunft des Gerichts soll Ende September 2010 ein Sachverständigengutachten zu sicherheitstechnischen Aspekten des Vorhabens vorliegen.

Ein weiteres vom Gericht angefordertes Gutachten, das sich mit der Erdbbensicherheit der Pipeline befasst, ist ebenfalls noch ausstehend.

Hinsichtlich der Errichtung der Rohrfernleitungsanlage ist festzustellen, dass nunmehr die Rohre der Pipeline im gesamten Trassenverlauf verlegt worden sind. Die im

Anschluss erfolgte routinemäßige Überprüfung der Isolation der Rohrleitung (sog. intensive Fehlerortung) durch das Bau ausführende Unternehmen ergab im südlichen Baulos bei fünf sog. Mantelrohrpressungen Verdachtsstellen.

Das Überprüfen und Beheben von Fehlstellen an der Isolierung ist in Bereichen von Mantelrohrpressungen mit einem größeren bautechnischen Aufwand verbunden. Möglicherweise muss an diesen Stellen der planfestgestellte Arbeitsstreifen erweitert werden.

Ich habe daher gegenüber BMS mit Schreiben vom 31.08.2010 angeordnet, dass in diesen Bereichen die Baumaßnahmen zu unterlassen sind, bis von mir eine Entscheidung über die Zulässigkeit dieser Arbeiten getroffen worden ist.

Um diesbezüglich eine Entscheidung treffen zu können, habe ich in diesem Schreiben die Firma insbesondere zur Beantwortung von mehreren technischen Fragen aufgefordert.

Zu einigen Fragestellungen habe ich ergänzend die Vorlage einer Stellungnahme eines Sachverständigen für Rohrfernleitungen erbeten.

Nach Eingang der Stellungnahmen werde ich über die Zulässigkeit der Baumaßnahmen in den fünf Bereichen der

Mantelrohrpressungen entscheiden. Da mir bislang eine abschließende, vollumfängliche Stellungnahme von BMS noch nicht vorliegt, bleibt in diesen Bereichen der verhängte Baustopp bis auf Weiteres bestehen.

Unabhängig von dieser Thematik hat BMS angekündigt, weitere Planänderungsanträge stellen zu wollen. Gegenstand dieser Änderungen ist u. a. die Verlegung einer zweiten Geo-Grid-Matte. Für diese sowie die weiteren von BMS angestrebten Planänderungen werde ich ein Planänderungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung durchführen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegen mir noch keine diesbezüglichen Änderungsanträge vor. Ich gehe aber davon aus, dass das Verfahren Ende diesen Jahres bzw. Anfang 2011 eingeleitet werden kann. Die Verfahrensdauer wird voraussichtlich ein Jahr betragen.

Bevor ich meine Ausführungen beende, lassen Sie mich auf zwei wichtige Personalien kommen, die Sie zwar bereits am vergangenen Montag bei meiner Vereidigung vernehmen konnten. Da aber nicht alle Anwesenden an der Veranstaltung teilgenommen haben, möchte ich Sie insofern erneut mitteilen.

Zum 01.10.2010 wird Herr Roland Schlapka als neuer Regierungsvizepräsident sein Amt in unserem Hause antreten. Roland Schlapka ist ein profunder Kenner der

Landesverwaltung und zurzeit als stellvertretender Leiter beim Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit tätig. Ich bin sicher, wir werden alle gut zusammenarbeiten.

Schließlich gilt es dienstlich Abschied zu nehmen. Nach 18 Jahren Tätigkeit bei der Bezirksregierung Düsseldorf verlässt uns ebenfalls zum 01.10.2010 Frau Abteilungsdirektorin Dr. Elke Bartels.

- Frau Dr. Bartels hat 3 Abteilungen geleitet
 - Abteilung 7 (heute Dezernat 15 – Wiedergutmachung)
 - Abteilung 2
 - Abteilung 5 Umwelt
- Sie hat die Aufgaben des Regierungsvizepräsidenten und damit des Abteilungsleiters 1 ebenso über die vergangenen 8 Monate wahrgenommen wie in Zeiten des Landtagswahlkampfes die Aufgaben des Behördenleiters.
- Sie hat stets einen guten und partnerschaftlichen Kontakt mit dem Regionalrat gesucht und gepflegt.
- Ich habe mit Frau Dr. Bartels in den wenigen Wochen sehr gut und gerne gearbeitet. Ich habe sie als eine Juristin kennengelernt, die das rechtsstaatliche Verfahren achtet, als Garant für Menschlichkeit und Gerechtigkeit.

- Stets hat sie für den Verbleib der Polizei in der Bezirksregierung gekämpft, und das aus gutem Grund: Als Expertin für die Fragen von Polizeiarbeit hat sie einerseits die koordinierende Rolle der Bezirksregierung für die Polizei im Bezirk sowie die inhaltlichen Verflechtungen mit den übrigen Aufgabenstellungen des Hauses gesehen. Auch wenn ihr mahrender Ruf nicht gehört und die Polizei aus der Bezirksregierung ausgegliedert wurde, ihr Fachwissen bleibt unbestritten. Insofern verwundert es nicht, dass die Landesregierung sie zur Polizeipräsidentin in Duisburg berufen hat.

Ich danke ... und wünsche für die Zukunft...